

---

Auswertung der Antwort auf die Schriftliche Frage Nr. 194 aus dem November 2016

## **Altersarmut lässt sich nicht wegdefinieren!**

---

**OTON Matthias W. Birkwald:**

*„Union und Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen versuchen gerade, Kinderarmut und Altersarmut gegeneinander auszuspielen. CDU-Finanzstaatssekretär Jens Spahn lügt. Er behauptet faktenwidrig, es gäbe nur drei Prozent Arme im Alter. Er tut damit so, als sei Grundsicherungsbezug dasselbe wie Armut. Ist es aber nicht. Nach EU-weit gültigen Kriterien ist der Anteil von Einkommensarmen bei den Alten ähnlich hoch wie bei den Kindern. Wir haben ungefähr zwei Millionen arme Kinder und 2,7 Millionen Menschen in Altersarmut. Wir müssen beides bekämpfen.*

*Es ist unwürdig, dass sich das sozialdemokratisch geführte Sozialministerium an den Versuchen beteiligt, die Altersarmut weg zu definieren. Kein Wunder, dass Finanzminister Wolfgang Schäuble die Lebensleistungsrente und die Solidarrente von Ministerin Andrea Nahles scheitern ließ!*

*Wir brauchen ein Leben ohne Armut und in Würde für alle Menschen! Nach der europaweit geltenden Grenze ist ein in Deutschland allein lebender Mensch arm oder von Armut bedroht, wenn er oder sie weniger als 1.033 Euro netto im Monat zur Verfügung hat. Deswegen brauchen wir eine einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente in Höhe von 1.050 Euro netto. Niedrige Rentenansprüche sollen durch eine steuerfinanzierte Zulage auf die Höhe von 1.050 Euro netto gebracht werden.“*

**Hintergrund:**

In den vergangenen Tagen hat sich Finanzstaatssekretär Jens Spahn mehrmals mit der Aussage zitieren lassen, dass Altersarmut im Vergleich zu Kinderarmut kein Problem sei. Der dpa sagte Jens Spahn am 22. November: *„Wir sollten die Rente nicht ständig mit Schreckensmeldungen schlechter reden, als sie ist. Die Armut im Alter ist derzeit nicht das größte Problem, im Gegenteil. Nur gut drei Prozent der Über-65-Jährigen sind auf Grundsicherung angewiesen, während die Armut von Kindern bei 16 Prozent liegt, die von Alleinerziehenden bei über 30 Prozent.“*

---

Ich hatte die Bundesregierung deshalb gefragt, wie sich nach ihrer Kenntnis die Armut von Kindern und Senior\*innen entwickelt habe und bezog mich in meiner Frage auf die in der EU gültige Definition des monetären Armutsrisikos von 60 Prozent des Medianeinkommens<sup>1</sup>. Diese gültige und etablierte Definition für relative Armut, die unter anderem auch in den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung selbst verwandt wird, definiert aktuell die Armutsschwelle von Alleinlebenden auf der Grundlage der jüngsten EU-SILC-Daten bei 1033 Euro monatlich.

In ihrer Antwort musste die Bundesregierung zunächst eingestehen, dass Einkommensarmut von Alten im Vergleich zu monetärer Kinderarmut **kein** vernachlässigbares Problem darstellt. Es bewegt sich mit 16,5 Prozent (Ältere) auf einem vergleichbaren Niveau wie die Kinderarmut (14,6 Prozent, Kinder unter 18).

Entgegen der Aussage der Bundesregierung, dass Eurostat dafür keine absoluten Zahlen veröffentlichte, können diese unter dem folgenden Link sehr leicht recherchiert werden (Ergebnis als siehe Bild eingefügt):

[http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?query=BOOKMARK\\_DS-053420\\_QID\\_-655BB4BD\\_UID\\_-3F171EB0&layout=TIME,C,X,0;AGE,L,Y,0;UNIT,L,Z,0;INDIC\\_IL,L,Z,1;SEX,L,Z,2;GEO,L,Z,3;INDICATORS,C,Z,4;&zSelection=DS-053420INDICATORS,OBS\\_FLAG;DS-053420GEO,DE;DS-053420SEX,T;DS-053420UNIT,THS\\_PER;DS-053420INDIC\\_IL,LI\\_R\\_MD60;&rankName1=INDIC-IL\\_1\\_2\\_-1\\_2&rankName2=UNIT\\_1\\_2\\_-1\\_2&rankName3=INDICATORS\\_1\\_2\\_-1\\_2&rankName4=SEX\\_1\\_2\\_-1\\_2&rankName5=GEO\\_1\\_0\\_1\\_1&rankName6=TIME\\_1\\_0\\_0\\_0&rankName7=AGE\\_1\\_2\\_0\\_1&sortC=ASC\\_1\\_FIRST&rStp=&cStp=&rDCh=&cDCh=&rDM=true&cDM=true&footnes=false&empty=false&wai=false&time\\_mode=NONE&time\\_most\\_recent=false&lang=EN&cfo=%23%23%23%2C%23%23%23.%23%23%23](http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?query=BOOKMARK_DS-053420_QID_-655BB4BD_UID_-3F171EB0&layout=TIME,C,X,0;AGE,L,Y,0;UNIT,L,Z,0;INDIC_IL,L,Z,1;SEX,L,Z,2;GEO,L,Z,3;INDICATORS,C,Z,4;&zSelection=DS-053420INDICATORS,OBS_FLAG;DS-053420GEO,DE;DS-053420SEX,T;DS-053420UNIT,THS_PER;DS-053420INDIC_IL,LI_R_MD60;&rankName1=INDIC-IL_1_2_-1_2&rankName2=UNIT_1_2_-1_2&rankName3=INDICATORS_1_2_-1_2&rankName4=SEX_1_2_-1_2&rankName5=GEO_1_0_1_1&rankName6=TIME_1_0_0_0&rankName7=AGE_1_2_0_1&sortC=ASC_1_FIRST&rStp=&cStp=&rDCh=&cDCh=&rDM=true&cDM=true&footnes=false&empty=false&wai=false&time_mode=NONE&time_most_recent=false&lang=EN&cfo=%23%23%23%2C%23%23%23.%23%23%23)

---

<sup>1</sup> Vgl. u.a.: MITTEILUNG DER KOMMISSION: EUROPA 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, KOM(2010) 2020, S. 13

At-risk-of-poverty rate by poverty threshold, age and sex - EU-SILC survey  
Last update: 15-11-2016

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
65 years or over	1,887	2,529	2,350	2,402	2,284	2,289	2,439	2,403	2,647	2,738
Less than 18 years	1,885	2,022	2,108	2,047	2,351	2,113	2,012	1,973	2,043	1,967

Demnach ergibt sich folgendes Bild: Im Jahr 2015 lebten 14,6 Prozent aller Kinder unter 18 Jahren in Haushalten, deren Einkommen unterhalb der Armutsschwelle lag.

In absoluten Zahlen waren das 1,9 Millionen Kinder.

Im Alter waren 16,5 Prozent der Senior\*innen und damit 2,7 Millionen Menschen von Einkommensarmut betroffen.

<b>EU SILC: monetäre Armut (2015)</b>			
	<b>Ins</b>	<b>M</b>	<b>F</b>
<b>Kinder unter 18 (1000 Personen)</b>	<b>1.967</b>	<b>1.082</b>	<b>885</b>
<b>65 und mehr (1000 Personen)</b>	<b>2.738</b>	<b>1.147</b>	<b>1.591</b>
<b>unter 18 (in %)</b>	<b>14,6</b>	<b>14,8</b>	<b>14,4</b>
<b>65 und mehr (in %)</b>	<b>16,5</b>	<b>14,5</b>	<b>18,3</b>

Im Unterschied zur Bundesregierung gehen wir mit vielen Armutsforscherinnen und –forscher davon aus, dass diese Armutsdefinition eine klare Einkommensgrenze festlegt, unterhalb dessen eine eigenständige Existenzsicherung nicht mehr möglich ist. Es liegt also Armut vor!

Die Bundesregierung versucht Armut weg zu definieren, wenn sie schreibt: „Die Armutsrisikoquote ist eine statistische Maßgröße ...ohne Armut messen zu können.“ Sie ignoriert damit gängige Konventionen und Verabredungen, die von ihr selbst - etwa im Rahmen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung - selbstverständlich auch benutzt wird.

Die Bundesregierung verweist zur Erläuterung der Aussage des Finanzstaatssekretärs darauf, dass dieser sich auf den Anteil der Personen bezog, die auf Grundsicherung angewiesen seien.

---

Die Bundesregierung verschweigt aber, dass die sogenannten Hilfequoten eben gerade keine Aussage darüber ermöglichen, wie viele Menschen in Einkommensarmut nach den oben erläuterten Kriterien leben.

Denn: Die Bundesregierung berücksichtigt **erstens** nicht, dass die Grundsicherungsleistungen nicht armutsfest ausgestaltet sind. Die Leistungen sind schlicht zu niedrig.

**Zweitens** gibt es gerade bei der Grundsicherung im Alter eine sehr große Dunkelziffer. Die Zahl derjenigen, die aus Scham oder anderen Gründen gar keine Grundsicherungsleistungen beantragen, ist extrem hoch.

Nach einer Studie von Dr. Irene Becker liegt die Quote der Nichtinanspruchnahme bei der Grundsicherung im Alter bei 68 Prozent ([http://www.boeckler.de/impuls\\_2012\\_13\\_2.pdf](http://www.boeckler.de/impuls_2012_13_2.pdf)). Bezieht man das auf die aktuelle Zahl von 536.121 Grundsicherungsbeziehenden, die älter als 64 sind, so ergibt sich insgesamt eine Zahl von 1,7 Millionen Menschen, die Anspruch auf Grundsicherung im Alter hätten.

Die Gründe für die sogenannte Nichtinanspruchnahme sind vielfältig:

Für viele Ältere, die nur knapp über der Bedürftigkeitsschwelle liegen, sind oft die notwendigen Behördengänge und die für Viele zu komplizierten Informationspflichten nicht alleine zu leisten oder sie sind schlicht abschreckend.

Oft sind es aber auch Stigmatisierungsängste oder auch verunsichernde Informationen über Schongrenzen beim Vermögen (Müssen meine Kinder für mich zahlen? Muss ich mein Auto verlaufen?) oder die reale Sorge in eine ‚angemessene Wohnung‘ umziehen zu müssen und damit bestehende soziale Kontakte zu verlieren.